

Haushaltsausschuß-Beratungen über deutsch-deutsche Finanzen in Berlin

Ost-Berlin: „Gucken wie Schwein ins Uhrwerk“

In Vertretung des Finanzministers berichtete Staatssekretär Dr. Rolf Haacke bei der Sitzung im Reichstag zum Stand der Beratungen über die Kosten der Vereinigung. Bundesdeutsche Mittel für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur in der DDR, im Umwelt- und Energiebereich, im Sozial- und Gesundheitswesen sowie für den Aufbau einer modernen Verwaltung könnten durch Umschichtungen in den Haushalten, Kürzung der Berlinhilfe, der Zonenrandförderung und Wegfall sonstiger Teilungskosten, von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen, durch Bundesbankgewinne, Nichterhöhung von staatlichen Leistungen und schließlich, was wenig wünschenswert sei, durch Erhöhen der Nettokreditaufnahmen. Von der finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen und von gutinformierten weiteren Ausschußmitgliedern wurde dazu vermerkt, daß Kriegsfolgelasten vom Bund zu tragen seien, daß die finanziellen Verpflichtungen des früheren Unrechtssystems der DDR in allen Einzelheiten nicht überschaubar seien und auch nicht voll übernommen werden könnten und daß ein Teil der künftigen Kosten auch von der DDR selbst getragen werden könne. Durch bestimmte Daten dürfen nicht falsche Signale gesetzt und unerwünschte Wirkungen ausgelöst werden. Die Erwartungen der DDR-Bürger, ganz schnell unseren Lebensstandard zu erreichen und gleichzeitig sämtliche Sozialleistungen zu erhalten, seien zu hoch.

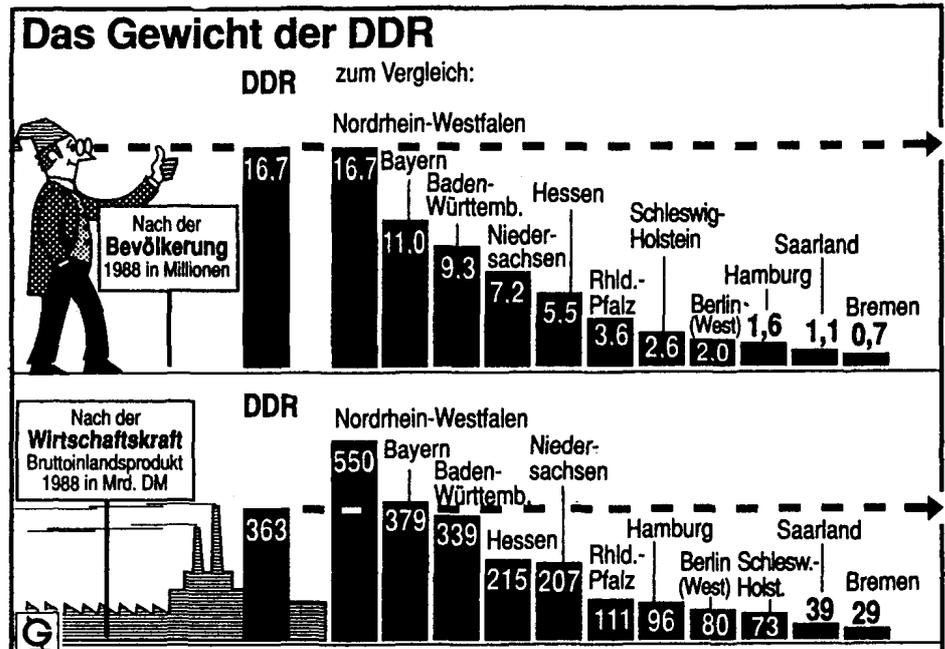
Als Mitglied einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Aufbau einer am Haushaltsrecht orientierten Finanzverwaltung in der DDR berichtete Ministerialdirigent Hans Georg Bachmann (NRW-Finanzministerium), die Staatsfinanzen der DDR seien durch Abschöpfungen aus den Betrieben und nur zu einem geringen Teil aus Steuern beschafft worden. Der Aufbau einer Steuerverwaltung werde durch Fehlen qualifizierter Finanzbeamter und eines ausgebauten Steuersystems erschwert. Auch gebe es keine mittlere Ebene zwischen den 7600 Gemeinden in der DDR (zum Vergleich NRW: 396) und der Zentralverwaltung in Ost-Berlin.

Über Änderungen des Steuerrechts in der Bundesrepublik und der DDR zugunsten humanitärer und wirtschaftsfördernder Maßnahmen wurde nicht im einzelnen beraten. Dem Ausschuß lag jedoch eine Auflistung des Finanzministers (Vorlage 10/2707) mit umfassenden Steuererleichterungen für den Zeitraum der Zweistaatlichkeit vor.

Die von Landtag bereits bewilligten 20 Millionen Mark für humanitäre Soforthilfen sind nach Mitteilung des Staatssekretärs bis auf 200 000 Mark bereits verplant. Angesichts des mancherorts bedrohlichen Mangels sei schnelle und unbürokratische Hilfe dringend geboten, die haushaltsrechtliche Abwicklung der Mittelverwendung jedoch teilweise problematisch. Als größere Einzelvorhaben wurden die auf fünf Jahre befristete Finanzierung des Leipziger Leibnizhauses durch das Kulturwissenschaftliche Institut Essen, die Erneuerung der Bleihütte in Freiberg/Sachsen und das Joint Venture einer Oberhausener Firma mit einer Armaturenfirma in Magdeburg genannt.

Im Kongreßteil des Ostberliner Palast-

Zu Beratungen über die Auswirkungen der Überwindung der deutschen Teilung auf die öffentlichen Haushalte und den Einsatz bereits bewilligter Mittel hielt sich der Haushalts- und Finanzausschuß am 22. und 23. März in Berlin (West und Ost) auf. Die von Vorsitzendem Hans Georg Weiss (CDU) geleiteten Sitzungen fanden im Reichstagsgebäude, im Palast-Hotel und der Ständigen Vertretung (beide Ost-Berlin) und im Schöneberger Rathaus statt. Angesichts des Reiseterrains wenige Tage nach der ersten freien Wahl zur Volkskammer waren auf DDR-Seite keine hochrangigen Gesprächspartner erwartet worden. Von Ausschußmitgliedern ohne persönliche DDR-Kontakte wurde jedoch bedauert, daß die zur Zeit große Informationsbereitschaft auf DDR-Seite nicht besser genutzt wurde.



Hotels berichteten am folgenden Tag Vorstandsmitglied Jürgen Sengera und der DDR-Repräsentant der Westdeutschen Landesbank Dr. Peter Dähne von massivem Beratungsbedarf und großen Wissenslücken bei möglichen DDR-Kreditnehmern über die Marktwirtschaft: das kleine Einmaleins sei gefragt. In Leipzig, Chemnitz, Dresden, Halle, Erfurt, Magdeburg und Schwerin wolle die WestLB weitere Büros mit je zwei Leuten einrichten. Dort seien 72 Prozent der industriellen Produktion und 70 Prozent der Spareinlagen der DDR angesiedelt.

Das Sparkassenwesen der DDR sei durch hohe Anteile (85 Prozent) am Umlaufvermögen (158 Milliarden Mark), jedoch nur geringem Eigenkapitalbestand sowie kaum qualifiziertem Personal gekennzeichnet, welches bis auf örtlichen Direktor und Abteilungsleiter nur aus ungelerten Frauen bestehe. F.D.P.-Sprecher Wolfram Dorn ergänzte, auch ehemalige Offiziere der NVA seien als Sparkassenchefs anzutreffen, und äußerte Zweifel, ob es der DDR-Bevölkerung diene, wenn alle westdeutschen Landesbanken neben den Groß- und Genossenschaftsbanken sich durch eigene Filialnetze gegenseitig auf den Füßen ständen. Das Sparkassenwesen der DDR sei in Gefahr.

Die Risikoabschätzung in Verträgen mit DDR-Betrieben basiere, fuhr Sengera fort, vorläufig nur auf Substanzwerten, Ertragswerte zählten nicht. Grund und Boden gehe vorerst nicht in die Vermittlung ein. Man müsse sich eben das Management ansehen. Westdeutsche Wirtschaftsprüfungsgesellschaften versuchten derzeit, die Unternehmen zu bewerten. Aus kleinen Geschäft-

ten seien inzwischen Millionenlieferungen geworden, teilweise gegen Mark der DDR und damit als potentielle Verlustquellen. Die WestLB habe Zugang zu sehr kooperationswilligen Stellen in der DDR.

Minister Heinz Schleußer berichtete von der Bund-Länder-Finanzministerkonferenz am Vortag von Übereinstimmung, die Wirtschafts- und Währungsunion sozial zu begleiten. Die schnelle Union werde von allen als unsinnig angesehen, sei aber politisch nicht zu verhindern. Bei der Vereinigung kämen auf die öffentlichen Haushalte anfangs sehr hohe Belastungen zu. An einem Transfer etwa von 20 Milliarden Mark im Länderfinanzausgleich wäre NRW mit 5,4 Milliarden beteiligt. Die Staatsfinanzen der DDR seien nicht kalkulierbar. Vom Minister und von Ausschußmitgliedern wurde von dramatischer Entwicklung, Durcheinander, drastischem Einnahmerückgang und einer Schiefelage der DDR-Finanzen im Laufe des Jahres, vielleicht schon ab Juni, gesprochen.

Zu den Beratungen in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin waren am Nachmittag Mitglieder der neuen Volkskammer-Parteien der DDR gekommen, die jedoch angesichts der neuen Situation wenige Tage nach den ersten freien Wahlen und des erschwerten Starts durch Stasi-Verdächtigungen keine konkreten Schritte zur Regierungsbildung und Gesetzgebung ankündigen konnten. Eine große Bewertung der Wirtschaftsstruktur der DDR hatte das SPD-Volkskammermitglied Volker Manhenke parat: Etwa ein Drittel der Betriebe könnten in ein bis zwei

Jahren mit dem Westen konkurrieren, bei einem weiteren Drittel werde es länger dauern, rund ein Drittel der Betriebe müßten verschrottet werden. Der Finanzsprecher der Liberalen im Ostberliner Stadtparlament Klaus Harms sprach von 300 Ostmark-Millionären im Raum Leipzig, was „legal gar nicht möglich“ sei, als er von Ausschlußmitgliedern auf die hohen Spareinlagen der DDR-Bürger angesprochen wurde, die jedoch zu 80 Prozent bei 20 Prozent der Bevölkerung zu Buche schlugen. Er bemerkte, Gelder aus dem Westen seien bisher versickert, ohne daß die Bürger etwas gemerkt hätten. Harms empfahl als Betriebsleiter im übrigen das Nachrüsten mit einfacher Technik, denn durch einen plötzlichen Sprung in High Tech „würden wir bei NC-gesteuerten Maschinen gucken wie Schwein ins Uhrwerk“.

Im Schöneberger Rathaus ging es am Abend zusammen mit dem Hauptausschuß sowie dem Ausschuß für Bundesangelegenheiten des (West) Berliner Abgeordnetenhaus unter anderem um die Frage, ob Gesamtberlin zusammen mit dem früheren Land Brandenburg ein neues Land Berlin-Brandenburg bilden und NRW die Partnerschaft übernehmen solle. Finanzsenator Meisner sagte, für eine Großstadt seien die Probleme mit einem Umland verbunden

leichter zu lösen. Das Herauslösen der Verantwortung der Siegermächte für Berlin mache jedoch eine Grundgesetzänderung notwendig. Seitens der Berliner Abgeordneten kamen auch die besonderen Belastungen zur Sprache, die den öffentlichen, insbesondere kulturellen Einrichtungen West-Berlins durch starke Inanspruchnahme durch die DDR-Bürger seit Öffnung der Mauer entstehen. Als eine der ersten Institutionen, die zusammengelegt werden müßten, wurden die beiden städtischen Verkehrssysteme genannt.

Für den Haushalts- und Finanzausschuß des NRW-Landtags, der mit der Berlin-Tagung seine Beratungen in der zehnten Wahlperiode abschloß, habe sich aus den deutsch-deutschen Beratungen, so resümierte Vorsitzender Hans Georg Weiss (CDU), eine neue Aufgabe abgezeichnet.

Für die Politiker, so sagte namens des gastgebenden Präsidenten des Abgeordnetenhaus beim Abendessen der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion Dankwart Buwitt, ergebe sich aus der deutschen Aufgabe eine besondere Verantwortung, durch Aufklärung und Information das schwierige Zusammenwachsen zu begleiten und Verstimmungen auf beiden Seiten aufzufangen.

Filterselbstretter

Die Fertigung von Selbstrettern der Berliner Auergesellschaft besichtigte der Ausschuß für Grubensicherheit unter Leitung von Willi Wessel (SPD). Die Erläuterung der Bauweise von Atemschutzgeräten in der vorigen Ausgabe wird nachstehend fortgesetzt.

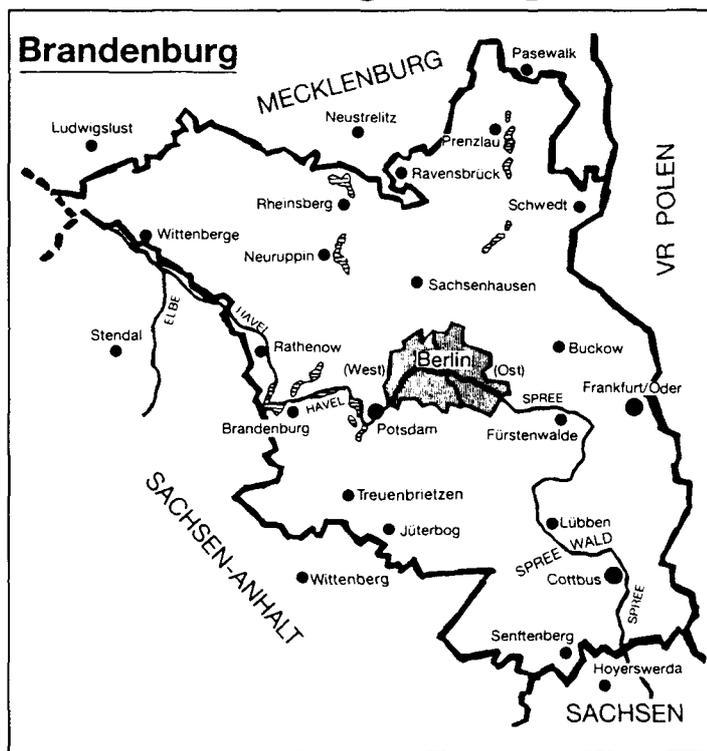
Beim Chemikaliensauerstoffgerät liefert Kaliumhyperoxid den Sauerstoff und bindet gleichzeitig das Kohlendioxid der Ausatmung.

Trotz einfacher Inbetriebnahme müssen die Bergleute für den Gebrauch der Selbstretter geschult werden. Probleme bereiten die durch chemische Prozesse erzeugte Wärme und Widerstände beim Einatmen, vor allem bei der Flucht mit einem Sauerstoffverbrauch von 30 Litern pro Minute. Auch muß das Gewicht der Geräte deutlich unter drei Kilogramm liegen, wenn ständiges Mitführen gewährleistet werden soll, was jedoch wiederum die Dauer der Einsatzleistung beeinflusst. Das derzeit vom Deutschen Ausschuß für das Grubenrettungswesen praktizierte Konzept sieht eine Selbstrettung durch Geräte am Mann bis zu Fluchtkammern mit dort gelagertem Rettungsgerät vor, die in höchstens 20 Minuten von jedem Arbeitsplatz aus zu erreichen sind.

Mit Glasglühkörpern, einer Metallfadenglühlampe und künstlichem Feuerstein hatte 1892 Carl Freiherr Auer von Welsbach in Berlin die Auergesellschaft gegründet. 1906 erfolgte die Einführung der Osram-Lampe. Im Ersten Weltkrieg wurden die ersten Atemschutzgeräte zur Produktreihe geführt. Trotz Zerstörungen und Demontage im und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde bereits 1945 die Produktion wieder aufgenommen. Seit 1958 arbeitet die Auergesellschaft mit dem weltgrößten Unternehmen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes zusammen, der Mine Safety Appliances Company (MSA), Pittsburgh, USA. Die amerikanische Mutterfirma ist heute in allen Kontinenten vertreten. Mit immer weiterentwickelten Arbeits- und Umweltschutzgeräten tragen Erzeugnisse der Berliner Tochter Auergesellschaft zu größerer Sicherheit in der europäischen und internationalen Arbeitswelt bei, zum Beispiel beim Bau des Nordsee-Tunnels Calais-Dover. Bei Filterselbstrettern beträgt der Marktanteil in USA derzeit 80 bis 90 Prozent. Nach ausführlicher Fachinformation führten leitende Mitarbeiter der Firma die Mitglieder des Ausschusses für Grubensicherheit durch die weitgehend automatisierte Fertigung und durch Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Ein Aufenthalt am Brandenburger Tor und eine Stadtrundfahrt durch das zwar noch geteilte, aber mit offener Mauer durchlässigere Berlin rundeten den Aufenthalt ab. Am Ende der Tagung dankte als jüngstes Mitglied der CDU-Abgeordnete Lothar Hegemann den ausscheidenden Abgeordneten des Ausschusses und dem Vorsitzenden Willi Wessel (SPD) für die Arbeit, die wie kaum in einem anderen Ausschuß unmittelbare Auswirkung auf Betroffene habe. Der gastgebenden Firma wünschte Willi Wessel erfolgreiche Geschäftstätigkeit im Interesse der Sicherheit der Menschen bis zur Hundertjahrfeier im Jahre 1992: „Bei der Sicherheit auf Dauer mit Power von Auer.“

Neues Land Brandenburg im Gespräch

Bis auf das frühere Land Brandenburg gebe es, so stellten die Sprecher des NRW-Haushaltsausschusses bei Gesprächen mit Berliner Kollegen fest, schon Partnerschaften zwischen Bundesländern und den früheren Ländern auf dem Gebiet der DDR. Sie bekundeten Interesse an einer Partnerschaft NRW/Berlin-Brandenburg, die Entscheidung darüber müsse jedoch den sechs Millionen Einwohnern überlassen bleiben. Der Vorsitzende des Ausschusses für Gesamtberliner Fragen beklagte die bisher schleppende Arbeit eines Regionalausschusses mit DDR- und Senatsvertretern.



Vom 20. bis 23. März 1990 hielt sich eine Delegation von Verwaltungsfachleuten aus Potsdam zu Informationsgesprächen mit Vertretern der Landtagsverwaltung in Düsseldorf auf. Der Delegation unter Leitung des Sekretärs des Rats des Bezirks Potsdam, Fred Kretzschmar, gehörten außerdem Wolfgang Haupt, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks für Handel und Versorgung, Ernst Heuser, zuständig für den Bereich Raumordnung und regionale Entwicklung beim Rat des Bezirks Potsdam, und Klaus Tschoep, Leiter des Büros des Bezirksrates Potsdam, an. Alle Delegations-

teilnehmer sind Mitglieder des Koordinierungsausschusses zur Bildung eines Landes Brandenburg.

In den Gesprächen, zu denen zeitweilig auch Fachleute aus der Staatskanzlei, dem Innenministerium und dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft zugezogen waren, ging es vornehmlich um praktische verfassungsrechtliche und verwaltungsorganisatorische Fragen im Zusammenhang mit der Bildung eines Landes Brandenburg. Vom 2. bis 4. April 1990 werden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung zu einem Gegenbesuch in Potsdam erwartet.